

## Beschluss (vorläufig) Die inklusive Gesellschaft gestalten

Gremium: LDV in Neuwied  
Beschlussdatum: 25.11.2019  
Tagesordnungspunkt: 3. Sozial- und Gesundheitspolitik

### Antragstext

1 Vor zehn Jahren ist das UN-Menschenrechtsübereinkommen über die Rechte von  
2 Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) in Deutschland in Kraft getreten. Seither  
3 gilt sie als verbindliches Recht in Bund, Ländern und Kommunen. Doch in der  
4 Politik und Gesellschaft braucht es noch große Anstrengungen für ein Verständnis  
5 der konsequent menschenrechtlichen Perspektive der Konvention. So bleibt der Weg  
6 bis zur selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe für Menschen mit  
7 Behinderungen noch weit.

8 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz verfolgen wir einen weiten Ansatz  
9 von Inklusion. Wir sind überzeugt davon, dass nur eine inklusive Gesellschaft,  
10 die Menschen nicht nach Merkmalen wie Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter,  
11 Behinderung, Hautfarbe, sexueller Identität oder Orientierung sortiert, sondern  
12 alle einbezieht, ein gutes und friedliches Zusammenleben ermöglichen kann. Sie  
13 schafft Strukturen, die nicht ausgrenzen, sondern Nachteile ausgleichen. Und sie  
14 schafft Strukturen, die Wahlmöglichkeiten erlauben, Barrieren abbauen und durch  
15 Transparenz und Einbeziehung Teilhabe ermöglichen. Wir setzen Mut gegen eine  
16 Politik der Angst. Dazu müssen wir Menschen das Vertrauen vermitteln, in einem  
17 Staat zu leben, der eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht.

18 Das ist heute wichtiger denn je. Denn wir erleben gerade eine Zeit besonderer  
19 Herausforderungen. Die Klimakrise duldet keinen Aufschub. Nur konsequentes  
20 politisches Handeln kann noch dazu beitragen, dass die Folgen der Erderwärmung  
21 und des Artensterbens in einem Rahmen gehalten werden, der die Erde für uns  
22 Menschen bewohnbar erhält. Unsere Wirtschaft und auch der Lebensstil vieler  
23 Menschen werden sich verändern müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Denken wir  
24 an den Automobilbereich: schon heute wissen die vielen Beschäftigten der großen  
25 Konzerne und ihrer Zulieferer, dass der Verbrennungsmotor keine Zukunft hat. Sie  
26 stehen einem Strukturwandel in ihrer Branche gegenüber, der für sie und ihre  
27 Familien noch nicht kalkulierbar ist. Werden alle ihren Job behalten? Das ist  
28 mindestens zweifelhaft. Aber was steht einem 50jährigen Industriearbeiter bevor,  
29 wenn seine Stelle abgebaut wird. Ein Leben in Hartz IV? Das darf nicht  
30 passieren, weil es zu persönlichen Härten führen würde, und es darf auch nicht  
31 passieren, weil Rechtsextreme bereit stehen, gesellschaftliche Verunsicherung in  
32 brutalen Hass auf Minderheiten zu verwandeln. Ihr Ziel besteht darin, den  
33 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft aufzulösen und die Demokratie durch ein  
34 autoritäres System zu ersetzen.

35 Dem müssen wir entschieden entgegentreten und dem Hass eine attraktive und am  
36 Wohl aller Menschen orientierte Politik entgegenstellen. Politik greift zu kurz,  
37 wenn sie sich unaufhörlich an Einzelmaßnahmen abarbeitet aber nicht erkennen  
38 lässt, in welche Richtung sie insgesamt steuert.

39 Viele Menschen vermissen in der Politik den Willen, Probleme grundsätzlich  
40 anzugehen:

- 41 • dass unsere Städte wieder in die Lage versetzt werden, Akteure am  
42 Wohnungsmarkt zu werden, damit dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum  
43 entsteht,
- 44 • dass unsere Dörfer dabei unterstützt werden, attraktive Lebensräume für  
45 alle Generationen zu bleiben,
- 46 • dass regionale Wirtschaftsstrukturen gefördert werden, die soziale  
47 Beziehungen stärken und regenerativ auf unsere Umwelt wirken,
- 48 • dass Barrieren abgebaut werden, um allen den Zugang zu öffentlich  
49 genutzten Einrichtungen zu ermöglichen,
- 50 • dass die Leistungen und Assistenz gegeben wird, die notwendig sind, damit  
51 alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können,
- 52 • damit Einrichtungen überwunden werden, die in Wirklichkeit nicht inklusiv  
53 sind, sondern selektieren,
- 54 • dass Abgrenzung und Gewalt zwischen unterschiedlichen Gruppen verhindert  
55 wird, um eine gutes Zusammenleben zu ermöglichen.

56 Grundlegend für eine richtungsweisende Politik sind inklusive Lösungen, die für  
57 unterschiedliche Bedarfe und Interessen gleichsam passende Strukturen schaffen.  
58 Kein größeres Bauvorhaben darf ohne Sozialen Wohnungsbau errichtet werden. Die  
59 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dürfen nicht abgesenkt werden,  
60 stattdessen soll die Integration in ein Grundsicherungssystem für alle  
61 umgestaltet werden, das nicht erniedrigt, sondern Perspektiven unterstützt.  
62 Quartiers- und Gemeindezentren, die Beratungsangebote, Kindertagesstätten,  
63 Unterstützungsangebote für alte und behinderte Menschen vorhalten und die  
64 Begegnung von Menschen unterschiedlicher Generationen, sozialer Stellung und  
65 Herkunft mit und ohne Beeinträchtigungen ermöglichen. Die soziale Infrastruktur  
66 muss so ausgebaut werden, dass sie weniger spezifische Angebote für einzelne  
67 Personengruppen, sondern gemeinsame Angebote für die jeweiligen Bedarfslagen  
68 bereithält.

69 Für uns in Rheinland-Pfalz bedeutet das besonders:

- 70 • Mobilität sozial und barrierefrei ausbauen. In einem Flächenland ist  
71 Mobilität ein besonderer Schlüsselfaktor für die gleichberechtigte  
72 Teilhabe am Arbeitsleben und für die soziale Teilhabe. Deshalb müssen  
73 Busse und Bahnen weiter ausgebaut werden, barrierefrei sein und ihre  
74 sozial gerechte sowie günstige Nutzung gewährleistet sein.
- 75 • Erziehung und Bildung müssen endlich konsequent inklusiv organisiert  
76 werden. Trotz vieler Maßnahmen auf gesetzlicher Ebene, in der Beratung und  
77 der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte geht das Elternwahlrecht in  
78 Richtung Sonderschulsystem. Dort werden Ressourcen gebunden, die für die  
79 inklusive Bildung gebraucht werden. Hier müssen wir ansetzen für eine  
80 inklusive Haltung und strukturelle Änderungen in allen Bereichen des

81 Bildungssystems, die mit den notwendigen Ressourcen unterstützt wird.  
82 Dabei müssen Schulen künftig so gestellt werden, dass Schulausschlüsse von  
83 beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern verhindert werden, weil es das  
84 gemeinsame Verständnis aller beteiligten Strukturen ist, dass Schule sich  
85 an den vielfältigen Bedarfen aller Schülerinnen und Schüler orientieren  
86 muss.

87 • Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes muss konsequent für die Schaffung  
88 von Inklusion im Arbeitsleben, beim Wohnen und in der sozialen Teilhabe,  
89 bei Freizeit, Kultur und Sport genutzt werden. Individuelle Unterstützung  
90 und Assistenz, Beratung und die Systematik der Vergütung von Einrichtungen  
91 und Diensten müssen danach ausgerichtet sein, Sonderwelten für Menschen  
92 mit Behinderungen zu überwinden, deren Selbstbestimmung zu stärken und ein  
93 inklusives Land zu gestalten.

94 • Es sind die Kommunen, die dem Bundesteilhabegesetz vor Ort rechtliche  
95 Wirksamkeit verschaffen. Wir wollen Sie dabei nach Kräften unterstützen  
96 und setzen uns deshalb dafür ein, die Umsetzungsvereinbarung zum  
97 Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX früher als vorgesehen zum Abschluss  
98 zu bringen. Denn Vereinbarungen über Inhalt, Umfang und Qualität der  
99 Leistungen der Eingliederungshilfe sind für die Gesamtplanung durch die  
100 Träger der Eingliederungshilfe unverzichtbar. Zudem soll die  
101 personenzentrierte, an den individuellen Bedarfen orientierte  
102 stundenbasierte Vergütung umgesetzt werden, weil pauschale  
103 Vergütungssätze, wie sie im Rahmen der Umsetzungsvereinbarung gezahlt  
104 werden, die individuelle Bedarfsdeckung nach dem Grundsatz des BTHG  
105 unmöglich machen.

106 • Regionale Wirtschaftsstrukturen, die inklusiv wirken, indem sie nicht nur  
107 auf Effizienz und Gewinn ausgerichtet sind, sondern soziale Beziehungen  
108 stärken und unsere natürlichen Lebensgrundlagen pflegen, sollen  
109 miteinander vernetzt und gefördert werden. Die Wirtschaftsförderung 4.0  
110 bietet ein Instrument, um das inklusive Wirtschaften in Rheinland-Pfalz zu  
111 stärken.

112 • Eine inklusive Gesellschaft zu sein, die Diskriminierung aufgrund  
113 Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, Behinderung, Hautfarbe, sexueller  
114 Identität oder Orientierung verhindert. Dazu brauchen wir ein  
115 Landesantidiskriminierungsgesetz als wichtiges gesellschaftspolitisches  
116 Signal.

117 Mit diesem strukturellen Ansatz der Inklusion muss der Austausch der  
118 gesellschaftlichen Gruppen, die Dialogbereitschaft, der Abbau von Vorurteilen,  
119 die Förderung gemeinsamer Interessen und das intensivere kulturelle  
120 Zusammenleben erreicht werden.

121 In den vergangenen Jahrzehnten hat die Öffnung der Gesellschaft zu mehr  
122 Lebensqualität geführt. Diese zu bewahren und fortzuentwickeln muss zentraler  
123 Ansatz grüner Politik sein.

124 Nur eine inklusive Gesellschaft, die für die Unterschiedlichkeit der Menschen  
125 Raum schafft und sie zu einem verständnisvollen, toleranten und offenen Umgang

126 in der Gemeinschaft ermutigt, kann den vielfältigen An- und Herausforderungen  
127 unserer Zeit standhalten.

128 Inklusion ist ein Menschenrecht. Dieses umzusetzen ist eine Querschnittsaufgabe  
129 in allen Politikbereichen und erfordert seine Verankerung als Strukturprinzip,  
130 welches bei allen Gestaltungsvorschlägen zu berücksichtigen ist.

131 Das ist nicht neu für uns. Schon 2011 haben wir auf einer  
132 Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel beschlossen, dass sich der Grüne Kompass am  
133 Leitbild einer inklusiven Gesellschaft orientieren soll.

134 Nun wird es Zeit für einen Abgleich:

135 Wo stehen wir? Ist es gelungen, die Arbeit der Partei sowie der Landtags- und  
136 Kommunalfraktionen konsequent daran zu orientieren? Wo müssen wir nachlegen?  
137 Diesen Prozess können und möchten wir nicht allein bewältigen. Wir sind  
138 weiterhin auf die Mitwirkung möglichst großer Teile der Bürger\*innengesellschaft  
139 angewiesen und laden alle interessierten Gruppen dazu ein, mit uns über die  
140 notwendigen Schritte zu beraten.

## Begründung

erfolgt mündlich